

## **Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt**

vom 29. Januar 2013<sup>1</sup>

Der Kantonsrat des Kantons St.Gallen

hat von der Botschaft der Regierung vom 17. April 2012<sup>2</sup> Kenntnis  
genommen und

erlässt

in Ausführung von Art. 2 Bst. r der Kantonsverfassung vom 10. Juni  
2001<sup>3</sup> in Verbindung mit Art. 24 der Bundesverfassung vom 18. April  
1999<sup>4</sup>

gestützt auf Art. 21 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Harmonisie-  
rung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister  
vom 23. Juni 2006<sup>5</sup>

als Gesetz:

### **I. Allgemeine Bestimmungen**

*Art. 1.* Dieser Erlass regelt:

- a) Niederlassung und Aufenthalt der Schweizerinnen und Schweizer;
- b) Melde-, Auskunfts-, Hinterlegungs- und Mitwirkungspflichten  
von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie anderen Personen;
- c) Heimatschein und andere Ausweise;
- d) Zuständigkeit und Aufgaben des Einwohneramtes;
- e) Führung des Einwohnerregisters;
- f) registerrechtliche Zuständigkeiten und Aufgaben der kantonalen  
Statistikstelle;
- g) kantonale Einwohnerdatenplattform.

Geltungs-  
bereich

*Art. 2.* Die politische Gemeinde führt das Einwohneramt.

Einwohneramt

---

1 Vom Kantonsrat erlassen am 28. November 2012; nach unbenützter Refe-  
rendumsfrist rechtsgültig geworden am 29. Januar 2013; in Vollzug ab 1. Ja-  
nuar 2013.

2 ABl 2012, 1355 ff.

3 sGS 111.1.

4 SR 101.

5 SR 431.02.

## II. Einwohnerregister

### 1. Melde-, Auskunfts-, Hinterlegungs- und Mitwirkungspflichten

Meldepflichten  
a) zuziehende  
Personen

*Art. 3.* Zuziehende Personen, die in der politischen Gemeinde Niederlassung oder Aufenthalt begründen, melden sich beim Einwohneramt an.

Sie geben auf Befragung die Daten bekannt, die nach der Bundesgesetzgebung über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister<sup>1</sup> im Einwohnerregister zu erfassen oder vom Einwohneramt nach anderen gesetzlichen Bestimmungen zu erheben sind.

b) Einwohnerinnen und  
Einwohner

*Art. 4.* Einwohnerinnen und Einwohner melden dem Einwohneramt, wenn sie:

- a) innerhalb der politischen Gemeinde oder des Gebäudes umziehen;
- b) ihre Niederlassung aufgeben und in eine andere politische Gemeinde oder ins Ausland wegziehen;
- c) ihren Aufenthalt aufgeben.

Sie geben auf Befragung die Daten bekannt, die nach der Bundesgesetzgebung über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister<sup>1</sup> im Einwohnerregister zu erfassen sind.

c) Leiterinnen und Leiter  
von Kollektivhaushalten

*Art. 5.* Leiterinnen und Leiter von meldepflichtigen Kollektivhaushalten melden dem Bundesamt für Statistik jährlich bis spätestens 15. Januar die Bewohnerinnen und Bewohner, die sich am 31. Dezember des vorangegangenen Jahres seit wenigstens drei Monaten im Kollektivhaushalt aufhalten, ohne beim örtlichen Einwohneramt gemeldet zu sein. Die Meldung erfolgt elektronisch in dem vom Bundesamt festgelegten Format.

Die kantonale Statistikstelle führt eine Liste der meldepflichtigen Kollektivhaushalte.

Sie fordert die Leiterinnen und Leiter von meldepflichtigen Kollektivhaushalten spätestens Ende November zur Datenlieferung nach Abs. 1 dieser Bestimmung auf.

Fristen

*Art. 6.* Wer meldepflichtig ist, erfüllt die Meldepflicht innert vierzehn Tagen.

Erfüllung der  
Meldepflicht  
über Internet

*Art. 7.* Die Regierung legt befristet zur Durchführung von Pilotprojekten oder auf Dauer durch Verordnung fest, dass zu-, um- und wegziehende Personen ihre Meldepflichten über Internet erfüllen können, wenn die Einwohnerämter im Abrufverfahren auf die erforderlichen Daten der elektronisch geführten Zivilstandsregister zugreifen können.

<sup>1</sup> Art. 6 des BG über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister vom 23. Juni 2006, SR 431.02.

*Art. 8.* Die meldepflichtigen Personen geben dem Einwohneramt wahrheitsgetreu Auskunft über die im Einwohnerregister zu erfassenden Daten und dokumentieren ihre Angaben auf Verlangen.

Auskunfts-  
pflichten  
a) meldepflichtige Personen

*Art. 9.* Vermieterinnen, Vermieter und Liegenschaftsverwaltungen erteilen dem Einwohneramt unentgeltlich Auskunft über einziehende, ausziehende sowie wohnhafte Mieterinnen und Mieter.

b) Vermieterinnen,  
Vermieter und  
Liegenschaftsverwaltungen

*Art. 10.* Industrielle Werke erteilen dem Einwohneramt auf Verlangen unentgeltlich Auskunft über die Daten, die zur Bestimmung und Nachführung des Wohnungsidentifikators (EWID) einer Person erforderlich sind.

c) industrielle  
Werke

*Art. 11.* Schweizerinnen und Schweizer hinterlegen in der Niederlassungsgemeinde den Heimatschein oder einen gleichbedeutenden Ausweis. Die politische Gemeinde bestätigt die Hinterlegung im Niederlassungsausweis.

Hinterlegungs-  
pflichten

Schweizerinnen und Schweizer mit Niederlassung in der Schweiz hinterlegen in der Aufenthaltsgemeinde den Heimatausweis. Die politische Gemeinde bestätigt die Hinterlegung im Aufenthaltsausweis.

Schweizerinnen und Schweizer geben bei Abmeldung den Niederlassungsausweis oder den Aufenthaltsausweis dem Einwohneramt zurück.

Das Einwohneramt bestellt bei Erreichen der Volljährigkeit bei Personen, die nicht in der Heimatgemeinde wohnen, den Heimatschein. Die Kosten trägt die betroffene Person.

Die Hinterlegungspflichten entfallen bei Erfüllung der Meldepflicht über Internet nach Art. 7 dieses Erlasses.

- Art. 12.* Personen, die Wohnraum vermieten oder verwalten:
- a) geben in Mietverträgen und Wohnbestätigungen den Gebäudeidentifikator (EGID) sowie den Wohnungsidentifikator (EWID) an, die ihnen vom Einwohneramt auf Verlangen bekannt gegeben werden;
  - b) geben dem Einwohneramt auf Verlangen die Wohnungs- sowie die Bewohnerinnen- und Bewohnerlisten unentgeltlich heraus, wenn die Listen für die Bestimmung oder Nachführung des Wohnungsidentifikators (EWID) notwendig sind;
  - c) gewähren dem Einwohneramt Zutritt zum Gebäude, wenn die Bestimmung oder Nachführung des Wohnungsidentifikators (EWID) auf andere Weise nicht erfolgen kann.

Mitwirkungs-  
pflichten

## 2. Registerführung

Zuständigkeit

*Art. 13.* Das Einwohneramt besorgt nach der Bundesgesetzgebung über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister<sup>1</sup> die elektronische Führung des Einwohnerregisters.

Das Einwohneramt:

- a) tauscht bei Weg- und Zuzug von Personen die Daten zwischen den Einwohnerregistern aus;
- b) liefert dem Bundesamt für Statistik und der kantonalen Statistikstelle die nach der Bundesgesetzgebung über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister<sup>1</sup> im Einwohnerregister erfassten Daten.

Die kantonale Statistikstelle ist zuständig für die Koordination und Qualitätssicherung der Datenlieferung an das Bundesamt für Statistik.

Datenaustausch und Datenlieferung erfolgen über die zentrale Informatik- und Kommunikationsplattform des Bundes.

Bereinigung  
des Einwohner-  
registers

*Art. 14.* Das Einwohneramt deaktiviert im Einwohnerregister die Angaben über eine Person:

- a) die sich abgemeldet hat oder verstorben ist;
- b) deren Heimatausweis ungültig geworden und innert einer Frist von zwei Monaten nicht erneuert worden ist;
- c) die sich seit wenigstens drei Monaten nicht mehr in der politischen Gemeinde aufgehalten hat, wenn anzunehmen ist, dass der Wegzug endgültig ist;
- d) wenn sie sich nicht abgemeldet hat und eine neue Niederlassungs- oder Aufenthaltsgemeinde ihren Zuzug meldet.

## 3. Kantonale Einwohnerdatenplattform

Betrieb

*Art. 15.* Der Kanton betreibt für die Abfrage von Einwohnerdaten eine Datenplattform.

Die politische Gemeinde stellt dem Kanton unentgeltlich die nach der Bundesgesetzgebung über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister<sup>1</sup> im Einwohnerregister erfassten Daten zur Verfügung.

Abrufverfahren

*Art. 16.* Öffentliche Organe können die Daten abrufen<sup>2</sup>, wenn sie:

- a) diese zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen und
- b) durch Verordnung der Regierung dazu ermächtigt sind.

Die zuständige kantonale Dienststelle führt eine Liste, aus der ersichtlich ist, auf welche Daten die einzelnen öffentlichen Organe Zugriff haben.

<sup>1</sup> Art. 6 des BG über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister vom 23. Juni 2006, SR 431.02.

<sup>2</sup> Art. 15 des Datenschutzgesetzes vom 20. Januar 2009, sGS 142.1.

### III. Schriften

*Art. 17.* Wer sich ausserhalb seiner Heimatgemeinde niederlassen will, hat Anspruch auf einen Heimatschein. Heimatschein  
a) Inhalt

Mit dem Heimatschein erklärt die Heimatgemeinde, dass die Inhaberin oder der Inhaber ihre Bürgerin oder ihr Bürger ist.

*Art. 18.* Das Einwohneramt sorgt bei Änderung im Personenstand für die Ausstellung eines neuen Heimatscheins oder eines gleichbedeutenden Ausweises. Die Kosten der Neuausstellung trägt die betroffene Person. b) Änderung im Personenstand

Es vernichtet den ungültig gewordenen Heimatschein oder gleichbedeutenden Ausweis.

*Art. 19.* Wer sich ausserhalb der politischen Gemeinde, in der er niedergelassen ist, aufhalten will, hat Anspruch auf einen Heimatausweis. Heimatausweis  
a) Inhalt

Mit dem Heimatausweis erklärt die Niederlassungsgemeinde, dass der Heimatschein oder ein gleichbedeutender Ausweis bei ihr hinterlegt ist.

*Art. 20.* Der Heimatausweis wird auf zwei Jahre befristet. b) Befristung

Bei Personen, die sich in einem Heim aufhalten, kann der Heimatausweis bis auf fünf Jahre befristet werden.

Der für eine Person in Ausbildung ausgestellte Heimatausweis wird bis zum Ablauf der Ausbildung befristet.

*Art. 21.* Niederlassungsausweis und Aufenthaltsausweis sind gebührenfrei. Gebührenfreiheit

*Art. 22.* Der Anspruch auf Ausstellung eines Heimatscheins oder eines Heimatausweises entfällt, wenn die Meldepflichten nach Art. 7 dieses Erlasses auf Dauer über Internet erfüllt werden können. Wegfall des Anspruchs auf Heimatschein und Heimatausweis

*Art. 23.* Wer aus der politischen Gemeinde wegzieht, hat Anspruch auf Rückgabe der hinterlegten Schriften. Rückgabe

Die Schriftensperre im Strafverfahren bleibt vorbehalten.

### IV. Schlussbestimmungen

*Art. 24.* Wer die Meldepflicht oder trotz Aufforderung die Auskunfts-, Hinterlegungs- oder Mitwirkungspflicht versäumt oder unwahre Angaben macht, wird mit Busse bis Fr. 200.– bestraft. Strafbestimmung

Anstelle der Busse kann eine Verwarnung ausgesprochen werden.

Aufhebung  
bisherigen  
Rechts

*Art. 25.* Das Gesetz über die Niederlassung der Schweizer vom 5. April 1979<sup>1</sup> wird aufgehoben.

Übergangs-  
bestimmung

*Art. 26.* In Mietverträgen über Wohnraum, die vor dem 1. Januar 2009 abgeschlossen wurden, werden weder Gebäudeidentifikator (EGID) noch Wohnungsidentifikator (EWID) angegeben.

In Mietverträgen über Wohnraum, die zwischen dem 1. Januar 2009 und dem 31. Dezember 2010 abgeschlossen wurden, wird der Wohnungsidentifikator (EWID) angegeben.

Vollzugsbeginn

*Art. 27.* Die Regierung bestimmt den Vollzugsbeginn dieses Erlasses.

Der Präsident des Kantonsrates:  
Felix Bischofberger

Der Staatssekretär:  
Canisius Braun

---

<sup>1</sup> nGS 14–84 (sGS 453.1).

Die Regierung des Kantons St.Gallen  
erklärt:<sup>1</sup>

Das Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt wurde am 29. Januar 2013 rechtsgültig, nachdem innerhalb der Referendumsfrist vom 18. Dezember 2012 bis 28. Januar 2013 kein Begehren um Anordnung einer Volksabstimmung gestellt worden ist.<sup>2</sup>

Der Erlass wird ab 1. Januar 2013 angewendet.

St.Gallen, 29. Januar 2013

Der Präsident der Regierung:  
Martin Gehrer

Der Staatssekretär:  
Canisius Braun

---

1 Siehe ABl 2013, 515.

2 Referendumsvorlage siehe ABl 2012, 3785 ff.

453.1